

NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung der Bad Königer Stadtverordnetenversammlung am 15. Dezember 2011
im Großen Saal der Rentmeisterei

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 22.35 Uhr

Anwesende:

a) von der Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenvorsteher	SPD	Thomas Seifert
Stadtverordnete	SPD	Raoul Giebenhain
	SPD	Willi Jäckel
	SPD	Gerhard Zeltner
	SPD	Frank Bittner
	SPD	Rainer Hofmann
	SPD	Jürgen Reeg
	CDU	Oswin Jäger
	CDU	Martin Bereiter
	CDU	Jochen Blatz
	CDU	Ludwig Fleck
	CDU	Willi Reichert
	CDU	Margit Winkler
	CDU	Sabine Trumpfheller (ab 19.40 Uhr)
	ZBK	Martin Schlingmann
	ZBK	Steffen Urich
	ZBK	Heike Jäger
	ZBK	Dr. Ulrich Herrmann
	ZBK	Beate Beerbohm
	ZBK	Dr. Georg Strack
	Bündnis 90/Die Grünen	Hedwig Seiler
	Bündnis 90/Die Grünen	Peter Krebs
	Bürgerliste	Bernd Gottschalk

Es fehlten entschuldigt:

SPD	Roger Nisch
SPD	Reinhold Nisch
ZBK	Rolf Landgraf
Bürgerliste	Thomas Riedl

b) vom Magistrat

Bürgermeister	parteilos	Uwe Veith
Erster Stadtrat	CDU	Berndt Blumenschein
Stadtrat	ZBK	Klaus-Dieter Kuckuk
Stadtrat	ZBK	Helge Schäfer (ab 19.45 Uhr)

c) von der Verwaltung

Hauptamtsleiter		Thomas Lust
Finanzabteilungsleiter		Markus Best
Stadtbaumeister		Matthias Paul
Schriftführerin		Anja Bundschuh

d) von der Presse

Herr Elmar Streun

TOP 1	Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
--------------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die 8. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der laufenden Legislaturperiode und begrüßt die anwesenden Damen und Herren Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats, die Mitarbeiter der Verwaltung, den Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer.

Anschließend stellt Herr Thomas Seifert die form- und fristgerecht ergangene Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Von den 27 Damen und Herren Stadtverordneten sind 22 anwesend. Frau Trumpfheller nimmt ab 19.40 Uhr an der Sitzung teil.

Zur Tagesordnung ergeben sich einige Einwendungen.

Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt vor den TOP 8 „Ehrung verdienter Bürger“ in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Außerdem werden folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abgesetzt:

- TOP 16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Beteiligung am Windpark Hainhaus
- TOP 17 Antrag der Fraktion Bürgerliste, hier: Ausweitung des Streckennetzes der Citybus Linie
- TOP 18 Antrag der Fraktion Bürgerliste, hier: Einrichtung einer Fußgängerzone
- TOP 20 Antrag der SPD-Fraktion, hier: Erschaffung eines unberührten Waldes.

Es gilt somit folgende

<u>Tagesordnung</u>

1. **Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung**
2. **Mitteilungen**
3. **Berichte**
 - a) **Berichte der Ausschussvorsitzenden**
 - b) **Berichte aus den Verbandsversammlungen**
 - c) **Eingegangene Anträge**
4. **Bericht zur „Ist-Analyse“ der Kurgesellschaft**
5. **Beratung und Beschlussfassung über den Nachtragshaushalt 2011**
6. **Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der Hundesteuersatzung (STVV 64)**
7. **Beratung und Beschlussfassung über den Gebührenhaushalt Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (STVV 65)**
8. **Beratung und Beschlussfassung über die Ehrung verdienter Bürgerinnen und Bürger (STVV 54-57)**
9. **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2011 „Barrierefreies Bad König – Ist-Zustand und Fortentwicklung“ (STVV 50)**
10. **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der ZBK-Fraktion zur Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses nach § 50 Absatz 2 HGO, betreffend den Wasserhaushalt (STVV 51)**
11. **Beratung und Beschlussfassung über die Beteiligung der Stadt Bad König an der Odenwald-Regionalgesellschaft OREG (STVV 53)**
12. **Erörterung des Teilnehmungsberichtes gemäß § 123 a HGO (STVV 52)**
13. **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 10.08.2011, hier: Erschließung neuer Gewerbeflächen (STVV 58)**

14. **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 10.08.2011, hier: Anbindung von Bad König an die Naturbuslinie (STVV 66)**
15. **Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und ZBK vom 25.09.2011, hier: Änderung der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt von Bad König (STVV 67)**
16. **Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag der SPD-Fraktion vom 18.11.2011, hier: Stromtankstelle und Solarparkplätze in Bad König (STVV 60)**
17. **Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag der SPD-Fraktion vom 18.11.2011, hier: Beitritt zu „Hessen aktiv: 100 Kommunen für den Klimaschutz“ (STVV 62)**
18. **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag eines Privaten auf „Erstellung einer Ergänzungssatzung Fürstengrund“ (STVV 63)**
19. **Anfragen**

TOP 2 Mitteilungen

Der Bürgermeister gibt den Magistratsbericht für die Zeit vom 24.11.2011 bis 14.12.2011, der als Anlage dem Original des Protokolls beigelegt wird.

Der Stadtverordnetenvorsteher erinnert an die Fraktionsvorsitzendenrunde. Dort wurde darüber gesprochen, wie mit der Vielzahl der Anträge weiter verfahren werden soll. Hierzu habe er ein Arbeitspapier vorgelegt. Bisher habe nur die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion eine Stellungnahme dazu abgegeben. Er bitte die anderen Fraktionen ebenfalls um Stellungnahme. Ggf. müsse auch die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung überdacht werden.

TOP 3 a) Berichte aus den Ausschüssen

Herr Martin Bereiter berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, der am 12.12.2011 getagt hat.

Herr Oswin Jäger berichtet aus der Sitzung des Sozial- Sport- und Kulturausschusses, die am 12.12.2011 gemeinsam mit dem Haupt- und Finanzausschuss stattgefunden hat.

Herr Frank Bittner berichtet aus der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, der am 08.12.2011 beraten hat.

TOP 3 b) Berichte aus den Verbandsversammlungen

Frau Seiler berichtet aus der Sitzung des ZAS (Zentrale Abfallverwertung Südhessen), die am 08.12.2011 stattgefunden hat. Der Vorstand berichtete, dass die wirtschaftliche Entwicklung als gut bezeichnet werden kann. Vor Kurzem habe in Frankfurt am Main ein Müllheizkraftwerk eröffnet. Ggf. könne es jetzt zu Überkapazitäten kommen, die durch verstärkte Akquise ausgeglichen werden muss. Der erste Nachtrag 2012/2013 wurde einvernehmlich abgestimmt.

Der Stadtverordnetenvorsteher verliest den Bericht von der zweiten Sitzung der Verbandsversammlung der ekom21, die am 08.12.2011 in Giessen stattgefunden hat. Der schriftliche Bericht wurde von Herrn Gerd Neugebauer eingereicht. Alle Fraktionen erhalten eine Kopie des Berichtes mit dem Stadtverordnetenprotokoll.

TOP 3 c) Eingegangene Anträge

Es ist folgender Antrag eingegangen:

- 1.) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.12.2011
Erstellung und Inkraftsetzung einer Baumschutzordnung für die Stadt Bad König
Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss und in den Bau- und Planungsausschuss verwiesen.

TOP 4 Bericht zur „Ist-Analyse“ der Kurgesellschaft

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt den Wirtschaftsprüfer Herrn Thorsten Hammann.

Herr Thorsten Hammann bedankt sich für die Einladung. Er gibt den Bericht zur Ist-Analyse der Bad Königer Kurgesellschaft ab.

Vorab trägt er vor, dass ihm ein Fragenkatalog einer Stadtverordnetenfraktion zu seinem Prüfbericht zugegangen ist, mit der Bitte die gestellten Fragen innerhalb seines Berichtes zu beantworten. Dazu macht er einige Anmerkungen. Basis seiner Beauftragung ist ein Beschluss des Kurverwaltungsrates. Aufgrund dessen habe er seine Untersuchungen durchgeführt, einen schriftlichen Bericht erstattet und dem Auftraggeber mündlich vorgetragen.

In diesem Gremium, der Stadtverordnetenversammlung, aber müsse er in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsprüfer keine Auskunft geben. Gleichwohl habe er mit seinem Auftraggeber abgestimmt, dass er auszugsweise aus seinem Bericht vortragen darf. Im Einzelnen werde er auf 10 Sachverhalte eingehen.

1) Wärmelieferungsvertrag

Es wurde eine Analyse vorgenommen und eine zeitliche Übersicht gefertigt. Insbesondere ist zu sagen, dass die deutliche Erhöhung des Grundpreises bereits 2002 erfolgt ist. Die Erstreckung des Vertrages auf den Zeitraum 2016 bis 2018 ist durch Anpassung 2008 erfolgt. Es ist jedoch nicht erkennbar, dass hierfür ein durch Investitionen gerechtfertigter Grund vorliegt. Zur Kompensation wurde ein Nachlass auf den Arbeitspreis gewährt.

2) Getränkebezugsvereinbarung

Das Vertragswerk wurde angesehen. In 2011 wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen. Im Jahresabschluss wurden keine Rückstellungen für die Kosten aus der Bezugsvereinbarung gebildet. Das Bestellobligo wurde in den sonstigen finanziellen Verpflichtungen abgegeben. Es wäre eine Rückstellung zu bilden gewesen. Der Abschluss ist trotzdem nicht zu verwerfen, denn ein anderer Prüfer würde den Sachverhalt womöglich anders sehen. Alle Forderungen aus dem alten Vertrag sind durch den neuen Vertrag vollumfänglich hinfällig.

3) Aufzug

Zur Sanierung wurden mehrere Angebote abgegeben. Unter Vergabegesichtspunkten ergeben sich keinerlei Beanstandungen. Die Vergabe ist nicht zu monieren.

4) Goldkarten

Die bilanzielle Behandlung der Karten ist hinsichtlich der Rechnungslegung richtig erfolgt. Der passivische Rechnungsabgrenzungsposten sei seines Erachtens als zu gering zu erachten. In den Vorjahren war es nicht möglich, den Verbrauch der Goldkarten aus dem System zu erfassen. Daher wurde der Verbrauch geschätzt. Mit den neu ausgegebenen Karten ist eine Rechnungsabgrenzung verlässlich machbar, die Software hierzu wurde 2011 angeschafft.

5) GEMA Gebühren

Es sind keine Verfehlungen bei der GEMA Gebühr festzustellen.

6) Wasserbezug

Für die Jahre 2005 bis 2009 gab es eine Nachberechnung für den Wasserbezug. Im Jahresabschluss 2009 sind diese Aufwendungen in der Bilanz enthalten. Es wird bilanziell kein weiterer Handlungsbedarf gesehen. Der ursprünglich „fehlerhafte“ Wasserbezug liegt in der Verantwortung beider Vertragspartner und er wäre deutlich früher feststellbar gewesen.

7) Klassikerfestival

Das Klassikerfestival hat ohne Einbindung der Kurgesellschaft stattgefunden. Risiken sind nicht vorhanden und erkennbar.

8) Aufsichtspflicht

Durch entsprechende Dienstpläne ist zu erkennen, dass die Sorgfaltspflicht eingehalten wird.

9) Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeitsstunden

Es wurde festgestellt, dass die Behandlung der Urlaubs- und Mehrarbeitsstunden richtig berechnet und entsprechend zurückgestellt wurden. 2007 und 2008 bestanden keine Ansprüche für Aushilfskräfte. In 2009 wurde versäumt, eine Rückstellung für Aushilfen zu bilden. 2011 fand eine drastische Verringerung der Mehrarbeitsstunden statt. Der Abbau ist deutlich zu sehen.

10) Personalverrechnungen

Es ist bekannt, dass Personal der Kur auch für die Stadt arbeitet und umgekehrt, eine Aufrechnung ist so möglich. Für 2011 wird empfohlen vollumfängliche Zeitaufschreibungen zu erstellen um Spitzauslastungen abrechnen zu können. Es ergeben sich abschließend hier keine Beanstandungen. Die Sonderprüfung zu den Themen der „Ist-Analyse des Kurgeschäftsführers“ wurde auftragsgemäß durchgeführt. Die dargestellten Punkte 1-10 wurden untersucht. Die Sonderprüfung bezieht sich nach Sinn und Auftrag auf die Prüfung bestimmter Vorgänge bei der Geschäftsführung.

Herr Dr. Herrmann bemängelt den langen Zeitraum von der Beauftragung zur Prüfung im April 2010 bis zum Bericht im September 2011. Man hätte den Bericht gerne etwas früher gehabt.

Herr Hammann gibt zu bedenken, dass der Prüfauftrag durch Beschluss herbeigeführt wurde, die konkrete Beauftragung aber später erfolgte. Von der Beauftragung bis zur Abgabe des schriftlichen Berichtes gab es zu deutlich früheren Zeitpunkten Zwischenberichte im Kurverwaltungsrat.

Herr Dr. Strack möchte wissen, ob sich durch den Bericht die Führung der Kur GmbH positiv verändert hat.

Herr Hammann erklärt, dass er nach Abgabe des schriftlichen Berichtes keinen Kontakt mehr zur Führung der Kur GmbH hatte. In der Zeit der Sonderprüfung ist jedoch ein aktives Einarbeiten erfolgt.

Der Stadtverordnetenvorsteher dankt Herrn Hammann für die Berichterstattung.

Herr Krebs erklärt, dass die Stadtverordnetenversammlung mit den Gegenstimmen der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion beschlossen hat, diesen Sonderprüfbericht in Auftrag zu geben. Ihn interessiert vor allem, was das gekostet hat und warum dies nicht das Stadtparlament bezahlt hat. Es sei nichts Relevantes herausgekommen. Gedacht war das Ganze als Speerspitze gegen den Bürgermeister. Ein Mitglied der ZBK-Fraktion hat sich diesen Bericht besorgt und per Mail an alle Stadtverordneten verteilt. Dies sei ein klarer Fall von Geheimnisverrat. Viel Wind, viel Geld und viel Zeit für nichts.

Herr Jäger erklärt, dass der Beschluss bezüglich des Wärmeliefervertrages nicht im Protokoll protokolliert ist. Sollte der Beschluss tatsächlich gefasst worden sein, so wie es aus der Stenogramm-Mitschrift zu ersehen ist, hält er es für ausgeschlossen, dass 12 Verwaltungsratsmitglieder übersehen haben, dass im Protokoll ein wichtiger Beschluss fehlt.

Frau Seiler gibt zu bedenken, dass die Kur GmbH durch Wirtschaftsprüfer geprüft wird. Wenn dann ein Zweiter komme, was sollte der noch finden, wenn der Erste nichts gefunden hat. Bei den meisten Prüfungsfeststellungen erklärte Herr Hammann, dass nichts zu beanstanden sei. Dieser Auftrag hat die Stadt nur Geld gekostet, das für sinnvolle Dinge jetzt nicht mehr zur Verfügung steht. Man sollte diesen Punkt ein für alle mal beenden.

Herr Giebenhain erklärt, dass der Kollege Krebs recht hat. Auch die SPD-Fraktion habe seinerzeit die Zustimmung zum Prüfauftrag erteilt. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass die Fragen sehr zutreffend beantwortet seien.

Die Ergebnisse zeigen ganz klar, dass es keine einseitige Schuldzuweisung in Richtung des Kurverwaltungsratsvorsitzenden und Bürgermeisters geben kann. Die Einschätzung von Herrn Jäger zu dem Protokoll kann er nicht teilen. Er ist sich nicht sicher wer überhaupt die Protokolle liest. Daher ist das Protokoll in diesem Zusammenhang nicht so herauszugreifen. Gleichzeitig ärgert ihn, dass beim Steno-Protokoll der Eindruck erweckt wird, als sei da gemauschelt worden. Er möchte, dass das Schlechtreden der Kur GmbH von Seiten der CDU/ZBK-Fraktionen aufhört. Mit dem heutigen Bericht muss ein Schlussstrich gezogen werden.

Der Bürgermeister erklärt zu dem sogenannten Steno-Protokoll, dass im übrigen in der Gesellschafterversammlung am 11.06. die Verlängerung des Vertrages bekannt gegeben wurde. Dies wäre nicht geschehen, wenn nicht zuvor und zwar noch am gleichen Abend, der Beschluss im Kurverwaltungsrat gefasst worden wäre.

Auch Herr Ulrich hätte gerne gewusst, wie hoch die Kosten für den Prüfbericht sind. Der Bürgermeister erklärt, dass noch keine Rechnung vorliegt.

TOP 5	Beratung und Beschlussfassung über den Nachtragshaushalt 2011
--------------	--

Herr Bereiter berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Der Ausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen dem 1. Nachtrag und der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 zuzustimmen.

Herr Jäger berichtet aus der Sitzung des Sozial-, Sport-, und Kulturausschusses der ebenfalls empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen dem 1. Nachtrag und der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 zuzustimmen.

Herr Bittner berichtet aus der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der mit 3 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltung empfiehlt dem 1. Nachtrag und der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 zuzustimmen.

Herr Giebenhain gibt die Stellungnahme für die SPD-Fraktion zum Nachtrag ab. Die Verschlechterung zum Kernhaushalt beträgt 70.000 €. Dabei war es das gemeinsame Ziel, den im Kernhaushalt ausgewiesenen Fehlbetrag von über 2 Mio. € zu dezimieren. Das dies nicht möglich war, liegt an verschiedenen Dingen. Da sind zum einem die weiter rückläufigen Gewerbesteuererträge, sowie die nochmals steigende Kreisumlage, die weder von der SPD in Bad König, noch im Kreistag gewollt und infolgedessen abgelehnt wurde. Er weist auf die kaum noch zu erbringenden Leistungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern hin, weil Land und Bund den Kommunen keine finanziellen Spielräume lassen. Aufgaben und Verpflichtungen der Kommunen werden nicht weniger. Ohne eine Reform der Gemeindefinanzen wird Bad König gegen die Wand fahren. Aber aus Wiesbaden oder Berlin kommt zu diesem Thema weiterhin nichts. Er verweist auf die energiepolitischen Anträge und Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung für das Jahr 2012 der SPD-Fraktion hin. Darin wird die Gründung einer städtischen BauGmbH, der Verkauf von städtischen Liegenschaften, die Erhöhung der Gewerbesteuer und die Beteiligung der Stadt an der Wertschöpfung aus der Windenergie gefordert. Weiterhin soll die interkommunale Zusammenarbeit intensiviert werden. Mit großer Sorge betrachte man die finanzielle Entwicklung der Kur GmbH. Dies sei kein Novum. Was sich jedoch in den letzten Jahren in erschreckender Weise verändert habe, sei die Politisierung der finanziellen Misere. Die SPD-Fraktion würde sich wünschen, dass das Schlechtreden der finanziellen Situation der Kur GmbH durch die Mehrheitsfraktionen aus CDU und ZBK ein Ende findet. Hätten alle wie im Wahlkampf versprochen konstruktiv zusammengearbeitet, hätten viele Dinge anders laufen und gestaltet werden können. Als Mehrheitsfraktion haben sie sowohl im Magistrat, als auch im Parlament die Möglichkeit ihre Ideen umzusetzen.

Der erste Nachtragshaushalt trägt aufgrund ihrer Mehrheit im Magistrat ebenso ihre Handschrift, wie es Haushaltssatzung und Haushaltsplan tun. Es sind ihre eigenen Zahlenwerke, die keinerlei Visionen oder Alternativen für die Zukunft unserer Stadt aufzeigen und die von ihnen selbst kritisiert werden. Die SPD-Fraktion lasse es nicht weiter gelten, dass CDU und ZBK von ihrer Verantwortung ablenken und die Schuld stattdessen auf andere abwälzen. Sein Dank gilt der Verwaltung für die Erstellung des Zahlenwerkes und das sichtbare Bemühen einer Haushaltskonsolidierung im Rahmen der überhaupt noch bestehenden Möglichkeiten. Die SPD-Fraktion wird dem 1. Nachtragshaushalt 2011 ihre Zustimmung geben.

Herr Schlingmann erklärt, die ZBK-Fraktion wird dem 1. Nachtragshaushalt zustimmen. Der Haushaltssatzung mit dem erhöhten Kassenkredit wird die ZBK-Fraktion die Zustimmung verweigern. Die Anhebung der Kassenkredite auf die Höchstgrenze von 9 Mio. € und das damit verbundene weitere auftürmen von Schulden kann nicht mitgetragen werden. Abschließend sollte der Haushalt 2012 zügig eingebracht werden.

Herr Jäger erklärt, dass der Nachtrag immer der Haushalt ist, der am nächsten an der Sache ist. Und dieser Nachtrag zeige wie traurig die Situation der Stadt sei. Der Haushalt ist schlüssig, insofern sieht sich die CDU-Fraktion im Stande dem Nachtragshaushalt zuzustimmen. Man müsse mit allen Möglichkeiten versuchen die Einnahmen zu erhöhen und die Schulden zu begrenzen. Die Höhe der Kassenkredite ist in den letzten 2 Jahren um 6,5 Mio. € gestiegen. Dieser Kassenkrediterhöhung kann die CDU-Fraktion nicht zustimmen. Man habe sich bei entsprechenden Stellen beraten lassen. Eine Zahlungsunfähigkeit der Stadt wird auch ohne Erhöhung der Kassenkredite nicht eintreten. Sollte der Fall doch eintreten, kann die Haushaltssatzung in diesem Punkt jederzeit angepasst werden. Abschließend ist auch er der Ansicht, dass der Haushalt 2012 zügig eingebracht werden soll.

Herr Gottschalk erklärt, dass die Bürgerliste-Fraktion dem Nachtrag und der Satzung ihre Zustimmung geben wird. In den Ausschüssen wurde dieses Werk lange und breit diskutiert und zustimmend empfohlen. Jetzt kommen die Fraktionen damit heraus, dass sie die Satzung ablehnen wollen. Herr Best hat gerade zu diesem Punkt ausführlich und schlüssig berichtet.

Herr Dr. Herrmann erinnert daran, dass versprochen wurde, dass die Stadtverordnetenversammlung immer die aktuellsten Zahlen über die Verlustzuweisung bekommen würden. In den letzten beiden Stadtverordnetenversammlungen wurden aber keine Zahlen mehr geliefert.

Herr Krebs erklärt, dass er nicht Mitglied des Parlamentes war, als der Kernhaushalt verabschiedet wurde. Das Defizit sei nicht viel größer geworden als veranschlagt. Man hört seit einem halben Jahr nur Kur GmbH. Inhaltlich hört man gar nichts. In den Ausschüssen wird beraten und zur Beschlussfassung empfohlen und heute schmeißt man alles um. Er fordert die Mehrheitsfraktion von CDU und ZBK auf endlich ihre Arbeit aufzunehmen. Das sind doch die Leute der CDU und der ZBK, die im Magistrat sitzen und einen zustimmungswürdigen Nachtrag nicht gebacken bekommen. Er bittet jetzt endlich zur inhaltlichen Arbeit zurückzukehren.

Herr Reeg erklärt, dass der Nachtragshaushalt den Kernhaushalt ergänzt. So ärgerlich der Strudel mit den Kassenkrediten auch sei. Land auf Land ab befinden sich Kommunen in der gleichen Situation. Das hängt hier nicht nur an der Therme, sondern auch an anderen äußeren Umständen, die die Stadt nicht zu vertreten hat. Die finanzielle Entwicklung der Kommunen sei haarsträubend. Die Erhöhung der Kassenkredite sei sicherlich ärgerlich, aber die Handlungsfähigkeit unserer Kommune muss gewährleistet bleiben. Er erinnert daran, dass das Genehmigungsverfahren auch noch 6 Monate in Anspruch nimmt. Es gäbe viel zu tun und schlechteden helfe da nicht weiter.

Herr Jäger stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Die Sitzung soll für 5 Minuten unterbrochen werden, damit die Fraktionen sich beraten können.

Der Bürgermeister erklärt, dass er die Situation nicht verstehe. Der Magistrat hat den Nachtrag mit der Nachtragshaushaltssatzung 2011 einstimmig festgestellt. In den Ausschüssen wurde ausführlich beraten und von der Verwaltung berichtet und Stellung genommen. Die Ausschüsse empfehlen den Nachtrag mehrheitlich anzunehmen. Jetzt soll der ganze Nachtrag wegen der Erhöhung der Kassenkredite gekippt werden. Die Verwaltung hat ein volles Programm, so könne man nicht arbeiten. Natürlich wolle man die Kassenkredite nicht voll ausschöpfen, wenn das nicht nötig ist. Dennoch müsse die Handlungsfähigkeit der Stadt gewährleistet bleiben. Man sehe hier deutlich, dass die Kommunen in die Arme der Banken getrieben werden, wenn von höherer Stelle nicht mehr in die Kassen der Kommunen kommt. Sollte der Nachtrag heute abgelehnt werden, so werde er diesem Beschluss widersprechen, weil er das Wohl der Stadt Bad König gefährdet.

Es folgt eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Herr Schlingmann erklärt, dass sich die ZBK-Fraktion beraten habe. Die ZBK-Fraktion werde dem Nachtrag nicht zustimmen. Selbst der Bürgermeister habe erklärt, dass die Erhöhung der Kassenkredite nicht zwingend notwendig ist. Man lasse sich nicht mit Drohungen des Bürgermeisters unter Druck setzen. Die ZBK-Fraktion will nicht, dass dieses Geld verbraten wird. Man will am klaren Sparkurs festhalten und den Bürgern der Stadt damit ein klares Signal geben.

Herr Jäger erklärt, dass er sicher sei, dass die Verwaltung umsichtig und vorausschauend handeln wird. Die Leute in der Finanzverwaltung werden die Engpässe zeitig erkennen und entsprechend handeln. Die CDU-Fraktion wird dem Nachtrag 2011 nicht zustimmen.

Herr Giebenhain stellt fest, dass die Mehrheitsfraktion aus CDU und ZBK dem eigenen Magistrat das Misstrauen ausspricht. Und er frage sich in der Tat, ob die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat noch vertrauen kann. Sollte die Mehrheitsfraktion dem Nachtrag ihre Zustimmung verweigern, wird die SPD-Fraktion den Bürgermeister in seinem Widerspruch unterstützen.

Abschließend erklärt der Bürgermeister, dass er nie gesagt habe, dass es nicht nötig sei den Kassenkredit zu erhöhen. Man will ein Polster für den worst case schaffen, der hoffentlich nicht eintritt. Wenn er feststelle, dass das Wohl der Gemeinde gefährdet ist, so müsse er zu den Instrumenten greifen, die ihm zur Verfügung stehen. Mit Drohung habe das nichts zu tun.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorgelegten 1. Nachtrag mit Nachtragshaushaltssatzung 2011 zu.

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
 13 Nein-Stimmen**

Der Nachtrag ist damit abgelehnt.

TOP 6	Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der Hundesteuersatzung (STVV 64)
--------------	--

Herr Bereiter berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, der die Zustimmung einstimmig empfiehlt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Bad König zur Ablösung der bisherigen Satzung vom 18.12.1998.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

TOP 7	Beratung und Beschlussfassung über den Gebührenhaushalt Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (STVV 65)
--------------	---

Herr Bereiter berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, der die Zustimmung einstimmig empfiehlt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Frischwassergebühr im Rahmen der 5. Änderung der Wasserversorgungssatzung vom 18.12.1998 ab dem 01.01.2012 auf 1,60 € zuzügl. 7% MwSt. je qm festzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (Frau Seiler fehlt)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Abwassergebühr im Rahmen der 5. Änderung der Entwässerungssatzung vom 18.12.1998 ab dem 01.01.2012 auf 3,14 € je qm festzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (Frau Seiler fehlt)

TOP 8	Beratung und Beschlussfassung über die Ehrung verdienter Bürgerinnen und Bürger (STVV 54-57)
--------------	---

Antrag der ZBK-Fraktion auf Ehrung verdienter Bürger, hier: Gertrud und Joachim Steiger.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Verleihung von Ehrenurkunden für „Verdiente Bürger“ am Neujahrsempfang 2012.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (Frau Seiler fehlt)

Ehrung verdienter Bürger, hier: Wilhelm Klinger.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verleihung einer „Bronzenen Verdienstplakette“ am Neujahrsempfang 2012.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (Herr Urich fehlt, § 25 HGO)

Ehrungen ausgeschiedener Mandatsträger, hier: Helmut Weiß, Klaus Neff, Karl-Heinz Rebscher, Ludwig Hubert, Dieter Reichert, Gerd Neugebauer, Matthias Hofmann.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Verleihung von Ehrenurkunden für „Verdiente Bürger“ am Neujahrsempfang 2012. Weiterhin beschließt sie die Bezeichnung „Ehrenstadtverordneter“ für Herrn Karl-Heinz Rebscher.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

Ehrung ausgeschiedener Mandatsträger, hier: Horst Neff, Jürgen Kessler, Horst Staier.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ehrung „Verdienter Bürger“ für Herrn Horst Neff am Neujahrsempfang 2012.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ehrung „Verdienter Bürger“ für Herrn Jürgen Kessler am Neujahrsempfang 2012.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ehrung „Ehrenortsbeirat“ für Herrn Horst Staier am Neujahrsempfang 2012.

**Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung (Herr Hofmann fehlt, § 25 HGO)**

TOP 9	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2011 „Barrierefreies Bad König – Ist-Zustand und Fortentwicklung“ (STVV 50)
--------------	---

Herr Bittner berichtet aus der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, der die Zustimmung einstimmig empfiehlt.

Herr Jäger berichtet aus der Sitzung des Sozial-, Sport- und Kulturausschusses, der die Zustimmung einstimmig empfiehlt.

Herr Paul berichtet über das derzeit geltende Recht. In der HBO hat die Formulierung „barrierefreies Bauen“ für öffentlich zugängliche Gebäude bereits als Verpflichtung Eingang gefunden. Aber auch die Privaten sind verpflichtet bei Häusern mit mehr als einer Wohnung, zumindest eine Wohnung barrierefrei zu gestalten. Ebenso sind nach dem BauGB die Bedürfnisse von behinderten Menschen zu berücksichtigen. Ergänzend dazu kann die Bauabteilung noch mal bei jeder Baubeurteilung auf eine barrierefreie Bauweise hinweisen.

Herr Jäger erklärt, dass der derzeitige Katalog „barrierefreie Stadt“ auf einem CDU-Antrag beruht. Dieser Katalog müsse überarbeitet und fortgeschrieben werden.

Herr Dr. Herrmann merkt an, dass zu diesen Maßnahmen immer der Sachverstand von Herrn Neumeier zu Rate gezogen werden sollte

Frau Seiler gibt zu bedenken, dass schon an vielen Stellen entsprechende Maßnahmen umgesetzt wurden. Man sollte nicht die Formulierung „erstellen“ sondern die Formulierung „fortzuschreiben“ für die Beschlussformulierung wählen.

Der Bürgermeister merkt an, dass zu diesem Thema die Begehungen der Stadt schon gemacht sind. Einige Maßnahmen, bspw. Fußgängerwegabsenkungen, Fußgängerbrücke am Bahndamm, barrierefreies WC am Friedhof und in der Turnhalle, sind schon umgesetzt.

Herr Zeltner erklärt, dass solche Maßnahmen in der Vergangenheit immer mit Herrn Neumeuer abgesprochen wurden. Vor vielen Jahren hatte die SPD-Fraktion diese Sache auf den Weg gebracht und vorgeschlagen die Resolution von Barcelona 1995 zu unterzeichnen. Der damalige Bürgermeister Weyrich war der Ansicht, dass die Stadt keinen Bedarf hat.

**Der Magistrat der Stadt Bad König wird beauftragt, einen Plan für ein barrierefreies Bad König (Kernstadt und Stadtteile) für den „öffentlichen Raum“ fortzuschreiben.
Der Magistrat der Stadt Bad König wird weiterhin beauftragt, bei jeder gewerblichen und privaten Baumaßnahme darauf zu achten, dass die Bauherrschaft auf eine barrierefreie Bauweise hingewiesen wird.**

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

TOP 10	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der ZBK-Fraktion zur Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses nach § 50 Absatz 2 HGO, betreffend den Wasserhaushalt (STVV 51)
---------------	--

Der Stadtverordnetenvorsteher weist auf § 50 Abs. 2 HGO hin.

Herr Schlingmann begründet den Antrag vom 22.10.2011. Das Wasser sei das Kapital der Stadt um das man sich kümmern müsse. Es stehen erhebliche Investitionen ins Haus. Das Wassernetz von 100 km Länge ist marode. Der Ausschuss soll alle relevanten Dinge zu diesem Thema einsehen können, um sich ein Bild zu machen.

Herr Giebenhain erklärt, dass er eine solche Vorgehensweise ablehne. Ihm reiche diese Begründung nicht aus. Man könne nicht bei allen entscheidungsrelevanten Dingen einen Akteneinsichtsausschuss bilden. Er schlägt vor einen Fragenkatalog an den Bürgermeister zu geben, mit der Bitte der schriftlichen Beantwortung.

Herr Krebs erklärt, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion diesen Antrag ablehne. Auch er ist der Ansicht, dass hier der Magistrat beauftragt werden soll, entsprechende Fakten gemeinsam mit dem Wassermeister und dem Finanzchef zusammenzustellen. Auf dieser Grundlage könne die Stadtverordnetenversammlung dann handeln.

**Um eine Beurteilung der Kalkulation der Leistungsentgelte für die Bereitstellung und Lieferung von Trinkwasser im Haushaltsplan der Stadt Bad König (Produkt 453.301) durch die Stadtverordnetenversammlung zu erleichtern und diesbezüglich Sachverhaltsaufklärung zu erreichen, wird nach § 50 Abs. 2 HGO ein Akteneinsichtsausschuss gebildet.
Abweichend von der Regelung in § 2 Abs. 1 Satz 2 der Hauptsatzung der Stadt Bad König, wonach die Ausschüsse aus sieben stimmberechtigten Mitgliedern bestehen, soll dieser Ausschuss aus acht Mitgliedern bestehen, um allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung die Mitwirkung zu ermöglichen.**

**Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
 10 Nein-Stimmen
 1 Stimmenthaltung**

Der Stadtverordnetenvorsteher fordert die Fraktionen auf, ihre Mitglieder zu benennen.

Herr Krebs erklärt, dass seine Fraktion an diesem Ausschuss nicht teilnehmen wird.

TOP 11	Beratung und Beschlussfassung über die Beteiligung der Stadt Bad König an der Odenwald-Regionalgesellschaft OREG (STVV 53)
---------------	---

Herr Bereiter berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, der die Zustimmung einstimmig empfiehlt.

Auf Grundlage der zuvor gegebenen Erläuterungen stimmt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad König der beabsichtigten

- a) **Änderung des Gesellschaftervertrages der Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) mbH in der vorgelegten Fassung,**
- b) **Beteiligung der OREG mbH als Kommanditist mit einem Anteil von 45% an der „Windpark Hainhaus GmbH & Co. KG“ und**
- c) **Gründung der „Odenwald Windenergie Verwaltungs-GmbH“ durch die OREG mbH zu. Sie nimmt das hierzu vom Bürgermeister in der Gesellschafterversammlung vom 14.10.2011 abgegebene Votum zur Kenntnis:**

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen (Herr Reeg fehlt.)

TOP 12	Erörterung des Beteiligungsberichtes gemäß § 123 a HGO (STVV 52)
---------------	---

Der Beteiligungsbericht liegt den Stadtverordneten vor und wird zur Kenntnis genommen.

Die Anfrage von Herrn Schlingmann bezüglich der Aufteilung der Raumkosten wird schriftlich beantwortet.

TOP 13	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 10.08.2011, hier: Erschließung neuer Gewerbeflächen (STVV 58)
---------------	---

Herr Bittner berichtet aus der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses. Das Thema wurde erörtert, ein Beschluss wurde nicht gefasst.

Herr Bereiter berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Der Ausschuss war einstimmig der Meinung, zunächst die Möglichkeit einer Förderung abzuwarten.

Herr Jäger erklärt, dass der Antrag einen Arbeitsauftrag an den Magistrat darstellen soll. Es soll lediglich die Realisierbarkeit geprüft werden.

Frau Seiler erläutert die Geschichte des Gewerbegebietes „In den Wasserwiesen“ in Etzen-Gesäß. Letztlich musste das Gebiet in Mischgebiet umgewandelt werden, weil Gewerbetreibende daran kein Interesse hatten. Auch die Gewerbeflächen an der Magdeburger Straße wurden für private Bebauung frei gegeben. Michelstadt verzichtet auf weitere Ausweisungen von Gewerbegebieten. Die Stadt Bad König begibt sich mit einer weiteren Gewerbegebietsausweisung in ein unwägbares Risiko.

Herr Krebs erinnert an das abschreckende Beispiel „Gewerbepark Gräsig“ in Erbach. Hier hat die Stadt die HLG beauftragt. Kosten sind entstanden. 10% der Flächen wurden nur verkauft. Jetzt muss die Stadt die Restflächen zurückkaufen, oder den Vertrag verlängern. Er ist der Ansicht, dass im Moment kein Bedarf an Gewerbeflächen da ist. Bis heute kann keiner einen Interessenten vorweisen. Außerdem lehne er die Ausweisung an der B 45 aus Naturschutzgründen und aus städtebaulichen Gründen ab. Bad König verfüge über genug Gewerbeflächen die sofort bebaut werden könnten.

Herr Schlingmann ist der Ansicht, dass man die richtigen Hintergründe kennen müsse, warum sich Gewerbe gerade hier ansiedeln will. Bad König habe an der B 45 einen idealen Standort. Standortnachteile nimmt Gewerbe heute nicht mehr in Kauf. Man muss Gebiet zur Verfügung haben, wenn ein Interessent kommt. Durch die Ortsumgehung Höchst ist ein idealer Anschluss an die Fernstraßen hergestellt. Bad Königs Standort ist deshalb weit besser als der von Michelstadt oder Erbach.

Der Magistrat wird beauftragt, die Erschließung neuer Gewerbeflächen zu ermöglichen. Hier insbesondere das schon seit langem favorisierte Gelände am nördlichen Eingang von Bad König an der B 45. Hier soll zeitnah eine Realisierbarkeit dieser Maßnahme überprüft werden. Vorarbeiten sind durch die HLG schon geleistet.

**Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen**

TOP 14	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 10.08.2011, hier: Anbindung von Bad König an die Naturbuslinie (STVV 66)
---------------	--

Herr Bereiter berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Es wurde über einen Erweiterungsantrag beraten und beschlossen. Sollte eine Anbindung nicht möglich sein, so soll bei der OREG darauf hin gearbeitet werden, dass die Darstellung von Bad König und dem Mümlingtal stark verbessert wird.

Sollte eine Anbindung nicht möglich sein, so soll bei der OREG darauf hin gearbeitet werden, dass die Darstellung von Bad König und dem Mümlingtal stark verbessert wird.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

TOP 15	Beratung und Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und ZBK vom 25.09.2011, hier: Änderung der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt von Bad König (STVV 67)
---------------	--

Herr Bereiter berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Es wurde über einen Erweiterungsantrag beraten und beschlossen. Der Magistrat soll beauftragt werden, eine Parkgebührenordnung für die Stadt Bad König zu erstellen und diese dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen.

Herr Schlingmann erläutert das Ziel des Antrages. Es soll möglich sein die erste Stunde kostenfrei zu parken um konkurrenzfähig zu anderen Kommunen zu sein. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass keine Parkgebührenordnung für Bad König besteht. Diese sollte zunächst erstellt werden.

Der Magistrat wird beauftragt, eine Parkgebührenordnung für die Stadt Bad König zu erstellen und diese dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen**

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass damit erst mal der ursprüngliche Antrag erledigt ist. Die Antragsteller nehmen dies zur Kenntnis:

TOP 16 Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag der SPD-Fraktion vom 18.11.2011, hier: Stromtankstelle und Solarparkplätze in Bad König (STVV 60)

Herr Bittner berichtet aus der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, der die Beschlussfassung einstimmig empfiehlt.

Der Magistrat der Stadt Bad König wird beauftragt, einen Plan zur Realisierung von Stromtankstellen nebst Solarparkplätzen zu erstellen, der aber in die Konkretisierungsphase erst ab 2014 geht. Weiterhin wird der Magistrat der Stadt beauftragt, bei städtischen Tankstellenbetreibern, Autohändlern bzw. Kfz-Werkstätten anzufragen, inwieweit dort Überlegungen von E-Mobilitätseinrichtungen auf unternehmerischer Privatbasis für die nächsten Jahre fest eingeplant sind.

**Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen (Frau Seiler fehlt.)**

TOP 17 Beratung und Beschlussfassung über einen Antrag der SPD-Fraktion vom 18.11.2011, hier: Beitritt zu „Hessen aktiv: 100 Kommunen für den Klimaschutz“ (STVV 62)

Herr Bittner berichtet aus der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses, der die Beschlussfassung mit 6 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung empfiehlt.

Herr Bereiter berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, der die Beschlussfassung einstimmig empfiehlt.

Herr Schlingmann gibt einige Erläuterungen zur Umweltbilanz. Zunächst sind dieser Allianz 100 Betriebe beigetreten jetzt sollen auch die Kommunen mitmachen. Man müsse dieses Programm leben und entsprechende Maßnahmen durchführen und fortschreiben. Ggf. sollte man bei den Kommunen, die sich schon beteiligt haben Auskünfte einholen, was da genau verlangt wird und ob es auch für die Kommune negative Seiten gibt. Wenn man mit so etwas Werbung machen wolle müsse es auch nachhaltig sein.

Frau Beerbohm erklärt, dass in die Beschlussfassung zusätzlich die Formulierung „sofern eine Kosten- Nutzen- Analyse dies als vorteilhaft darstellt“ aufgenommen wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Stadt Bad König der Initiative „Hessen aktiv: 100 Kommunen für den Klimaschutz“ beitritt und die dazugehörige Charta unterzeichnet, sofern eine Kosten/Nutzen-Analyse dies als vorteilhaft darstellt.

**Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung (Frau Seiler fehlt.)**

Aufgrund der vorangeschrittenen Zeit werden die weiteren Tagesordnungspunkte nicht mehr aufgerufen. Der Stadtverordnetenvorsteher bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 22.35 Uhr.

	 23/12
Thomas Seifert Stadtverordnetenvorsteher	Anja Bundschuh Schriftführerin